

Der steinige Weg nach Europa

Reihe
Geschichte der internationalen Arbeit
der Friedrich-Ebert-Stiftung

Herausgegeben von

Pia Bungarten, Dieter Dowe, Ernst J. Kerbusch
und Uwe Optenhögel

Michael Ehrke · Elmar Römpczyk

Der steinige Weg nach Europa

Die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung
in Serbien und in den baltischen Staaten

Mit einem Vorwort von
Reinhard J. Krumm

Reihe

Geschichte der internationalen Arbeit
der Friedrich-Ebert-Stiftung

Band 10



Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet
diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
unter <http://dnb/ddb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8012-0442-6

© 2013 by

Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH

Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn

Lektorat: Dr. Heiner Lindner

Umschlaggestaltung: Jens Vogelsang, Aachen

Satz: Kempken DTP-Service | Satztechnik · Druckvorstufe · Layout, Marburg
Druck und Verarbeitung: AZ Druck und Datentechnik GmbH, Kempten (Allgäu)

Alle Rechte vorbehalten

Printed in Germany 2013

Besuchen Sie uns im Internet: www.dietz-verlag.de

Inhaltsverzeichnis

Vorwort von Reinhard J. Krumm	9
--	----------

Michael Ehrke

Bedrohte Demokratie:

Die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Serbien	17
---	-----------

1	In Feindesland? Deutschland und Serbien	17
1.1	Serbien und Kroatien in der deutschen Politik und Öffentlichkeit	20
1.2	Serbische und deutsche Feindbilder	25
1.3	Globale Rahmenbedingungen der Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Serbien	28
2	Neustart in Serbien	33
2.1	Jugoslawische Vorgeschichte	33
2.2	Begrenzte Kooperation in den Kriegsjahren	35
2.3	Nach 1996: Organisatorische Flexibilität und sachliche Kontinuität	39
3	Die Partner der Stiftung	44
3.1	Parteien	46
3.2	Gewerkschaften	52
3.3	Zivilgesellschaft	56
3.4	Sozial-, Wirtschafts- und Politikwissenschaft	61
3.5	Medien	63
4	Phasen der politischen Entwicklung Serbiens – Phasen der Stiftungsarbeit	65
4.1	Diktatur und Krieg (1996–2000)	67
4.1.1	Unsicherheiten	67
4.1.2	Wahlen, Proteste und politische Bildung	70
4.1.3	Der Kosovokrieg	73
4.1.4	Das Ende der Diktatur	77

4.2	Chaotischer Übergang: Vom Sturz Milošević zum Wahlsieg der proeuropäischen Koalition (2000–2008)	80
4.2.1	Zoran Djindjić (1952–2003)	80
4.2.2	Politische Bildung für die Demokratie	86
4.2.3	Foren für die demokratische Debatte	93
4.3	Für ein europäisches Serbien (ab 2008)	99
4.3.1	Die Parlamentswahlen von 2008: Zeichen einer demokratischen Konsolidierung?	101
4.3.2	Die FES und die Sozialisten	104
4.3.3	Die FES und die Beziehungen Serbiens zu seinen Nachbarn	107
4.3.4	Serbien und die EU	112
4.3.5	Fragen der Ökonomie: Ein projektpolitischer Paradigmenwechsel?	117
4.4	Die Wahlen von 2012: Ein Schritt zurück?	122
5	Erfolgreiche Arbeit in einem schwierigen Land	125

Elmar Römpczyk

Baltikum: Lessons learnt

Kooperation in Gesellschafts-, Sicherheits- und Außenpolitik 131

1	Baltikum – Zuordnung	132
2	»Entdeckung« des Baltikums durch Kirche und Kaufleute	132
3	Ankunft des Baltikums im 20. Jahrhundert	135
4	Der lange Marsch nach Europa	136
5	Die Friedrich-Ebert-Stiftung sucht Ansatzpunkte	139
5.1	Offene Frage: Wie kann die FES den EU-Erweiterungsprozess 1992–2003 unterstützen?	144
5.2	Soziale und demokratische Selbstfindung im neuen Baltikum	146
5.3	Das real vorhandene Partnerspektrum	148
5.4	Die FES als Partner vor Ort	152
5.5	FES-Lehrjahr 1993	156

5.6	FES-Zwischenbilanz für 1992–1995: Planung – Umsetzung – Wirkungen	158
6	Baltischer Doppelsprung nach Westen: Mitgliedschaft in NATO und EU ab 2004	165
7	Der Doppelsprung schafft neue Herausforderungen für die FES	167
8	Leuchttürme der baltischen FES-Programme ab 2004	173
8.1	Thematische Arbeitslinie Sicherheits- und Nachbarschaftspolitik: Baltikum – Russland	176
8.2	Deutsch-baltischer Dialog – Beispiele	178
8.2.1	Orangene Revolution	180
8.2.2	Baltikum – Ostseeregion: Eine ungeklärte Beziehung	181
8.2.3	Georgienkrieg: Ein imperialer Konflikt	184
8.2.4	Internetkrieg gegen Estland und Spionage gegen die NATO	189
8.3	Soziale Sicherheit und sozialer Dialog	191
8.4	Diskriminierte Zivilgesellschaft	191
8.5	Professionalisierung der Zivilgesellschaft durch politische Bildung	194
8.5.1	Politische Bildungsarbeit mit der neuen Generation	198
8.5.2	Politische Bildungsarbeit mit Universitäten	200
8.6	Nachhaltige Entwicklung durch baltische Energiepolitik sowohl mit der EU als auch mit Russland ist denkbar	202
8.6.1	Nationalstaatliche Energiesicherung hat Priorität im Baltikum	203
8.6.2	Litauens Atompolitik als baltische Referenz	204
8.6.3	Atomenergie und Gesellschaft	207
8.6.4	Deutschland und Russland booten das Baltikum aus: Nord-Stream	209
8.7	Dialog Energiepolitik Ostseeregion	212
8.7.1	Dialog Energiepolitik 1: Ist Atomenergie im Baltikum akzeptabel?	214
8.7.2	Dialog Energiepolitik 2: Mit Bioenergien voran	219
8.7.3	Dialog Energiepolitik 3: Green Housing	221
9	Fallstricke für die baltische Demokratie und baltische Transformation	223
9.1	Baltische Drogenstraße	223
9.2	Baltischer Menschenhandel	225

10	Politische Kultur im Baltikum	226
10.1	Korruption in Zeiten des Neoliberalismus	227
10.2	Konservative baltische Parteien: Instrumente der Oligarchen, Claqueurvereine oder doch mehr?	230
10.3	Lettland: Innovationskraft reformwilliger »linker Parteien«	237
10.4	Estland: liberal eingebundene Sozialdemokraten	241
10.5	Estland: innovative ökosoziale Partei	244
11	Vision vom Green New Deal	245
12	Der FES-Einstieg in den baltischen Green New Deal	246
13	Die FES-Programmarbeit: Lessons learnt	249
14	Appendix	254
14.1	Beispiel für FES-Kurzanalysen zu aktuellen gesellschaftspolitischen Entwicklungen	254
14.2	Beispiel für Themen und Teilnehmer der deutsch-baltischen Dialoge	259
14.3	Leiter der baltischen FES-Büros	264

Anhang

Abkürzungen	266
Quellen- und Literaturverzeichnis	269
Bildnachweis	272
Personenregister	273
Über die Autoren	277

Vorwort

Ein seltener Vorgang: Zwei europäische Staaten stellen ihre Arbeit ein. Dies geschah am Ende des 20. Jahrhunderts, als Teilrepubliken gegen die Zentralmacht aufbegehrten und ihre Souveränität durchsetzten. So geschah es in der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien, als deren Teilstaaten 1991 ihre Unabhängigkeit erklärten. Der Name Jugoslawien wurde gleichwohl bis 2003 weitergeführt, als auch die aus Serbien und Montenegro bestehende Bundesrepublik Jugoslawien zerfiel. Und dann ging auch das kommunistische Moskowitereich unter: Nachdem sich die Unionsrepubliken zuvor für unabhängig erklärt hatten, blieb Staatspräsident Michail Gorbatschow nichts anderes übrig, als am Weihnachtsabend 1991 seinen Rücktritt und das Ende der Sowjetunion zu verkünden.

Mit dem zeitnahen Zusammenbruch der beiden Staaten hören die Gemeinsamkeiten auf. Denn während es danach zwischen den und innerhalb der Nachfolgestaaten Jugoslawiens zu mehreren Kriegen kam, vollzog sich die Transformation in den europäisch gelegenen ehemaligen sowjetischen Republiken in fast ungewöhnlicher Ruhe. Zu Bürgerkriegen kam es derweil im südlichen Kaukasus und in Zentralasien, die jedoch entweder recht schnell befriedet oder zumindest eingefroren werden konnten.

Aus diesem Zeitraffer wird deutlich, vor welchen ungewöhnlichen Herausforderungen die Friedrich-Ebert-Stiftung in den beiden Regionen stand. Im Folgenden soll exemplarisch die Arbeit in einem der Nachfolgestaaten Jugoslawiens und in dreien der Sowjetunion vorgestellt werden: In Südosteuropa ist es Serbien, ein Schlüsselland der Region, und in Osteuropa sind es die drei baltischen Länder Estland, Lettland und Litauen, die besonders im schwierigen Verhältnis zwischen der EU und Russland eine nicht zu unterschätzende politische Rolle einnehmen.

Es handelt sich bei diesen vier Staaten nicht um geopolitische Schwergewichte, wie schon die Bevölkerungszahlen deutlich aufzeigen (Serbien: 7,2, die baltischen Länder zusammen: 6,7 Mio. Einwohner). Aber aufgrund ihrer Geschichte und ihrer Lage üben sie einen besonderen Einfluss auf die jeweilige Region aus. Sie stehen in einem Spannungsfeld zwischen der EU und Russland und sind damit für die deutsche Politik von großer Bedeutung. Und für die Sozialdemokratie, weil sich hier die Brandt'sche Ostpolitik fortsetzt, denn ohne die Einbeziehung der Interessen dieser vier Länder ist ein friedliches Europa nicht denkbar.

Beide Autoren haben hinreichende Erfahrungen mit den Instrumenten und den damit verbundenen Chancen und Möglichkeiten der Stiftungsarbeit weltweit gemacht, bevor sie ihre Tätigkeit im Südosten und Nordosten Europas begannen: Michael Ehrke ist seit 2009 Leiter der FES-Vertretung in Belgrad, und Elmar Römpczyk koordinierte aus Riga die Arbeit der drei baltischen Büros der FES von 2004 bis 2008.

Die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Serbien war eng verknüpft mit den großen Herausforderungen, die mit Kriegshandlungen und deren Nachwirkungen verbunden sind. So begann die FES ihre Tätigkeit in Belgrad 1996, ein Jahr nach dem Ende des Krieges in Bosnien und Herzegowina und dem Abkommen von Dayton. Die folgenden vier Jahre werden in dem Buch als »Diktatur und Krieg« beschrieben. Demokratieförderung wurde als Themenschwerpunkt gesetzt. Möglichst viele Demokraten sollten ausgebildet werden, um der Demokratie eine Chance zu geben bei der schwierigen und bisher kaum aus Lehrbüchern bekannten Transformation von einer kommunistischen Plan- zu einer kapitalistischen, gleichwohl sozial orientierten Marktwirtschaft.

Doch der bewaffnete Kampf kehrte erneut nach Europa zurück, diesmal in Form des 78-tägigen Kosovokrieges. Die NATO flog 1999, ohne UNO-Mandat, Angriffe auf Belgrad mit dem Ziel, das Regime des serbischen Staatsoberhauptes Slobodan Milosevic zum Rückzug aus dem Kosovo zu zwingen, eine humanitäre Katastrophe dort zu verhindern und den Staatspräsidenten aus dem Amt zu jagen. In den Tagen des Krieges ging die Stiftung nicht außer Landes, sondern übte ihre Tätigkeit weiterhin aus.

Die Wahrnehmung der Stiftung in der Bevölkerung ist positiv, weil sie auch in schweren Zeiten seit 1996 auf der Seite derjenigen stand, die gegen die Diktatur opponierten. Diese wohlwollende Einschätzung steht gleichwohl nicht im Einklang mit dem Bild Serbiens in Deutschland, das eher negativ ist. Zu Unrecht, wie der Autor schlüssig argumentiert. Denn die Vorstellung, dass die Serben in den Kriegen stets die Täter und die Nachbarvölker in der Region stets die Opfer waren, greift bei Weitem zu kurz. So folgten jugendliche Serben in der Mehrheit nicht den staatlichen Aufrufen zum Kriegsgang, sondern zogen es vor zu desertieren – ein Indiz dafür, dass Serbien unter Milosevic kein monolithischer Staat war, wie oftmals angenommen wird.

In dem folgenden »chaotischen Übergang« von 2000 bis 2008 kam es zum Wechsel von dem einst so mächtigen Präsidenten Milosevic zu dem westeuro-

päisch geprägten Zoran Djindjic. Djindjic, ein junger Politiker, hatte 15 Jahre in Deutschland gelebt und studiert, auch gefördert von der FES. Allein von guten Absichten hielt er freilich wenig, die setzte er voraus: »Wenn sich keine nützliche Folge daraus ergibt, dann interessieren mich die guten Absichten nicht.«

Seine Worte sind Programm der FES, auch in Serbien. Im Jahr 2000 reiste der erste deutsche Auslandsmitarbeiter der FES nach Belgrad, drei Jahre später folgte ihm ein zweiter, zuständig für das regionale Gewerkschaftsprojekt. Arbeitete der erste deutsche Repräsentant der FES noch in der Bundesrepublik Jugoslawien, so war ab 2003 Serbien und Montenegro das Gastland, seit 2006 ist es die Republik Serbien.

Neben der Demokratie wurde in den nun folgenden Jahren vor allem der Zugang junger Eliten nach Westeuropa gefördert, der Politikeraustausch unterstützt, es wurden Themen gesetzt, die Einzug in den öffentlichen serbischen Diskurs fanden. Dazu gehörten auch Diskussionen über die Vergangenheit, regionale Versöhnung oder EU-Integration. Die FES legte das Format der »promising politicians« auf, um den politischen Nachwuchs zu fördern.

Ein schwerer Schlag für die Stiftung war die Ermordung des Premiers Djindjic im Jahre 2003. Gerade er hatte Serbien geöffnet, hatte sich auf die EU-Perspektive seines Landes eingelassen und dafür gesorgt, dass sein Land innerhalb kürzester Zeit den großen Organisationen wie UNO, IWF, Weltbank und der Europäischen Investitionsbank beitreten konnte. Serbien gewann unter seiner Regentschaft internationales Vertrauen.

Das Land ließ sich aber von dem Rückschlag des Todes eines so talentierten hochrangigen Politikers nicht aufhalten. Wohl auch deshalb nennt der Autor die dritte Phase der Stiftungsphase seit 2008 »Für ein europäisches Serbien«. Dabei war die Stiftung nicht so vermessen, die deutschen und die sozialdemokratischen Erfahrungen einfach als Modell vorzugeben, sondern vielmehr darauf bedacht, die deutschen und europäischen Diskussionen nach Serbien zu bringen.

Vier Themenfelder sind es, auf die sich die Stiftung konzentrierte. Da sind zum einen die Parteien, die nach Jahren stark eingeschränkter Möglichkeiten nun nach politischer Macht streben. Doch wo sind die Themen, wo die Werte, wo ist die Methode der Umsetzung? Ähnliche Fragen stellten sich die Gewerkschaften. Die FES bot Foren der Diskussion an, um Antworten, Lösungen zu finden. Auch zum Thema einer unsozialen Transformation und die damit fast unmenschliche Ab- und Entwertung der Arbeit: Kaum noch ein Zusammenhang bestand zwischen der erbrachten Arbeitsleistung und der darauf erfolgenden

Entlohnung. Die wirtschaftliche Lage war schwierig, der dramatische Rückgang der Industrialisierung forderte einen hohen Tribut von der Bevölkerung.

In der serbischen Zivilgesellschaft kam es zu ähnlichen Prozessen wie in anderen Transformationsländern: NGOs übernahmen Aufgaben von staatlichen Stellen, vor allem im sozialen Bereich, weil der Staat dafür keine Mittel zur Verfügung stellen wollte oder konnte. Die FES setzte ein Zeichen, als sie der Bewegung Otpor schon 2001 den Menschenrechtspreis verlieh. Die Organisation hatte ein mutiges zivilgesellschaftliches Engagement im Kampf gegen Milosevic und sein Regime gezeigt, das später zum Vorbild für zivilen Protest in anderen Ländern werden sollte.

Im Gegensatz zu Serbien, einem dominanten Land in seiner Region, scheinen die drei baltischen Länder Estland, Lettland und Litauen in ihrer Region genau das Gegenteil darzustellen. Im Vergleich zu den anderen 12 ehemaligen Unionsrepubliken waren sie die kleinsten und bevölkerungsschwächsten Staaten. Und doch fühlten sie sich als die Avantgarde, wirtschaftlich robust, und symbolisierten das Fenster nach Westeuropa. Sowjetische Filme, die vorgaben, in Westeuropa zu spielen, wurden im Baltikum gedreht.

Im Gegensatz zu Serbien verbindet eine lange Geschichte die drei Länder mit Deutschland. Die Hanse brachte den Handel, die Kirche sorgte für den rechten Glauben. Berühmt war im 19. Jahrhundert die deutsch-baltische Universität Dorpat, heute das estnische Tartu. Doch dann sank der Stern der baltischen Staaten, der Hitler-Stalin-Pakt mit dem geheimen Zusatzprotokoll von 1939 schlug sie dem sowjetischen Imperium zu. Erst Ende der 80er-Jahre kam die realistische Hoffnung auf nationale Souveränität zurück; die Abspaltung der baltischen Staaten war der Beginn vom Ende der Sowjetunion. Der britische Historiker und Journalist Anatol Lieven übertrieb nicht, als er von der »baltischen Revolution« schrieb.

Schnell reagierte die FES und installierte in den drei Ländern Büros: 1992 in Tallinn, der estnischen, und Riga, der lettischen Hauptstadt und zwei Jahre später in der litauischen Hauptstadt Vilnius. Riga erhielt den Sitz des Koordinierungsbüros für die baltischen Länder aus dem einfachen Grund, dass Lettland in der Mitte lag.

Die Herausforderungen für die Tätigkeit der FES in dieser ersten Phase nach der Unabhängigkeit, die zweite folgte nach dem EU- und NATO-Beitritt 2004, waren mannigfaltig: Zu gestalten war die Kooperation mit erst neu

zu schaffenden Institutionen wie Parlament, Parteien, Regierung. Eine unabhängige Gerichtsbarkeit musste etabliert werden, freie Medien, eine nach den Regeln des sozialen Marktes funktionierende Wirtschaft, soziale Sicherungssysteme und die dafür benötigten Gewerkschaften. Die Schwierigkeit lag vor allem darin, dass viele dieser Institutionen de facto existierten, nun jedoch nach demokratischen Regeln zu funktionieren hatten.

Für die FES ergaben sich daraus vier Arbeitsbereiche: parlamentarische Demokratie (als Ziel), soziale und ökologische Marktwirtschaft, starke Gewerkschaften und eine sicherheitspolitische Stabilität im Baltikum. Dafür hatte sich die FES eine »Strategie des langen Atems« vorgenommen. Schnelle Ergebnisse waren nicht zu erwarten, auch deshalb, weil die Außenpolitik des großen Nachbarn, des angeschlagenen Russland, nicht kalkulierbar war.

War Russland bereit, die Unabhängigkeit Estlands, Lettlands und Litauens und die damit verbundenen Folgen hinnehmen, oder würde Moskau versuchen, im sogenannten »nahen Ausland« wieder an Einfluss zu gewinnen? Immerhin gewann im Dezember 1993 der Nationalist Wladimir Schirinowski bei den russischen Parlamentswahlen etwa ein Viertel der Stimmen. Noch im Herbst 2000 warnte die lettische Staatspräsidentin Vaira Vike Freiberga im »Spiegel«: »Russland ist äußerst unberechenbar.« Und das mache ihr Angst. Auf der anderen Seite war zu Beginn der 90er-Jahre nicht ganz klar, ob die baltischen Länder »aus dem Schatten des russischen Bären treten wollten«, so der gelungene Vergleich des Autors zur Tätigkeit der FES, »um im Schatten des Brüsseler Stiers zu verschwinden«. Wollten die Länder wirklich Souveränität abtreten, wo sie die gerade gewonnen hatten?

Von höchstem Interesse war die NATO-Mitgliedschaft, denn den baltischen Ländern ging es in allererster Linie um Sicherheit und Garantien gegenüber einer möglichen Aggression von russischer Seite. Dem Bedürfnis, brennende sicherheitspolitische Fragen vor Ort international zu diskutieren, ist die FES von Beginn an nachgekommen. Auch deshalb, weil sie zunächst deutsche Auslandsmitarbeiter entsandte, die Experten auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik waren, eher ein ungewöhnliches Profil für Mitarbeiter der Stiftung.

Während sich die deutsche Außenpolitik darum bemühte, als »Anwalt des Baltikums« zu agieren, erkannte die FES schon von Beginn an, dass die Umstände sehr viel komplizierter waren, als sie nach dem simplen Schwarz-Weiß-Schema ordnen zu können. Sie nahm sich der Problematik der interethnischen Beziehungen zwischen Russen und Balten an, vor allem in den Ländern Estland und Lettland. Denn trotz eines hohen Anteils von Russen in beiden Ländern versuchten die Regierungen sehr strenge Sprachanforderungen einzuführen

mit dem Resultat, dass viele dieser Menschen ohne Staatsbürgerschaft und Personaldokument zu leben hatten.

Ungeachtet der vielen Probleme einer postkommunistischen Transformation traten alle drei Länder im März 2004 der NATO bei und zwei Monate später der EU. Damit waren sie Teil der historischen EU- und NATO-Osterweiterung und die ersten Länder, und bisher auch die einzigen ehemaligen Sowjetrepubliken, die vom alten militärischen Ostblockbündnis Warschauer Pakt in das der NATO wechselten. Aus diesem »Doppelsprung« ergaben sich für die FES neue Herausforderungen. Denn als EU- und NATO-Mitgliedsstaaten waren die baltischen Länder aufgefordert, sich den Problemen zu stellen, die zu Beginn des 21. Jahrhunderts in Europa gemeinsam zu lösen waren. Es begann die zweite Phase der FES-Tätigkeit seit der Unabhängigkeit.

Für die FES waren die Themen klar und deutlich auszumachen: Energiepolitik, Verhältnis zu Russland sowie Demokratie und soziale Gerechtigkeit. Strategisch wichtig erschien die politische Bildungsarbeit an Hochschulen. Die Geisteswissenschaften waren ähnlich wie in Serbien durch die bestimmende Ideologie des Marxismus von den Entwicklungen und Strömungen der westeuropäischen und US-amerikanischen Sozialwissenschaften abgekoppelt gewesen. Nun galt es, die Studenten zu »mehr freier Intellektualität zu ermutigen«.

Dabei richtete sich die Aufmerksamkeit der FES immer mehr auf den regionalen Aspekt. Denn Energie-, Sicherheits- und Nachbarschafts- sowie nachhaltige Entwicklungspolitik lassen sich in so kleinen Ländern wie den baltischen nicht allein auf nationaler Ebene lösen. Und auch nicht allein durch staatliche Akteure, sondern nur mithilfe zivilgesellschaftlicher Initiativen. Diese galt es zu stärken und fördern, um auch in den baltischen Staaten die Lissabon-Strategie der EU umsetzen zu können, die sich zum Ziel gesetzt hatte, die EU in einem Zeitraum von zehn Jahren bis 2010 weltweit zu dem wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissenschaftsgetriebenen Wirtschaftsraum zu transformieren.

Dabei gestaltete sich die Tätigkeit der FES vor dem Hintergrund zunehmender politischer und wirtschaftlicher Probleme innerhalb der EU-Länder ähnlich schwierig wie in Serbien. Und auch durch europäische Investoren, die die nicht immer kohärente Gesetzgebung in den Transformationsländern ausnutzten. Mit anderen Worten: Die EU strahlte nicht mehr so hell. Die Stiftung machte es sich deshalb zu ihrer Aufgabe, den gegenseitigen Vorteil für die EU und die entsprechenden Länder zu thematisieren – ebenso wie darauf hinzuweisen, dass es kaum noch fertige Modelle in einer sehr schnelllebigen Zeit gibt, sondern Lösungen, die nur nach intensiven, gemeinsamen Diskussionen zu finden sind.

Dieser regionale Ansatz war in den Ländern des Baltikums nicht leicht zu verfolgen, die zwar von außen gern als eine Region betrachtet wurden und noch immer werden, sich jedoch untereinander sehr schwer tun, sich auf gemeinsame politische Ansätze festzulegen. Umso wichtiger ist der regionale Ansatz der FES. Es entstanden im Lauf der Jahre Formate, auf denen mit Teilnehmern dieser drei Länder grenzübergreifende Themen diskutiert wurden. Dazu zählt der Deutsch-Baltische Dialog, der sich mit Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik in der Region beschäftigte.

Ein besonderes Augenmerk legte die FES auf die Energiepolitik. Als Grundlage dienten das Grünbuch der EU von 2006, das eine europäische Energiepolitik forderte, und eine im selben Jahr herausgegebene Energie-Roadmap der baltischen Staaten. Gleichwohl verfolgten die drei Länder eher ihre eigene nationale Energiepolitik. Ein Grund für die FES, einen Dialog Energiepolitik in der Ostseeregion zu initiieren, um die europäischen Interessen zu verdeutlichen und einen Dialog zwischen staatlichen Stellen, Zivilgesellschaft und Unternehmen zu diesem wichtigen Thema aufzubauen. Das gelang im Verlaufe von mehreren Jahren inhaltlich, aber auch dadurch, dass neue Methoden der Kommunikation eingesetzt wurden.

Was bleibt? Der Autor, der die fast zwanzigjährige Entwicklung der FES-Tätigkeit in den drei baltischen Staaten nachzeichnet, fasst sie mit den Worten zusammen: »Ergebnisse, die Hoffnung machen.« Er begründet das mit Inhalten und Instrumenten der FES-Arbeit, die zu einer Demokratisierung der politischen Kultur in den Ländern beigetragen hat. Dabei ist die FES gemeinsam mit den Partnern zu Lösungsansätzen gekommen, manchmal auch im Widerspruch zur Mehrheitsmeinung deutscher und europäischer Institutionen.

Das Resümee der Tätigkeit der FES in Serbien ist ähnlich positiv. Erfolgreiche Arbeit sei in einem schwierigen Land geleistet worden, stellt der Autor fest. Zum einen ist es zu einer Veränderung des politischen Diskurses gekommen, insbesondere bei EU-Themen. Zum anderen steht das Land nicht mehr mit dem »Rücken zur Wand«, sondern beteiligt sich aktiv am europäischen Diskurs.

Beide Regionen und alle vier Länder haben eine erstaunliche Wandlung innerhalb kürzester Zeit vollzogen. Bei den gewaltigen Veränderungen war die FES als Partner maßgeblich beteiligt. In ihrer Arbeit hat sie sich gemeinsam mit Menschen in den Ländern Gedanken gemacht und diese dann umgesetzt. Keine

andere Institution außer den deutschen Politischen Stiftungen wäre in der Lage gewesen, in so komplizierten Transformationsprozessen eine Arbeit durchzuführen, die allen Beteiligten auf dem Wege in eine friedliche, demokratische und soziale Zukunft Europas nutzt.

Berlin, im März 2013

Reinhard J. Krumm